

Alternative für Deutschland

AfD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg



AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg, Rosenstraße 4, 34513 Waldeck

An den Kreistagsvorsitzenden
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Herrn Rainer Hesse
Südring 2
34497 Korbach

26.03.2023

Antrag der AfD-Fraktion

Umgang mit der Zuwanderung in den Landkreis Waldeck-Frankenberg

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Hesse,

wir bitten, nachfolgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 15.05.2023 aufzunehmen:

Der Kreistag wolle beschließen:

1. Ab dem 01.06.2023 werden in Waldeck-Frankenberg unter Mitwirkung des Jugendamtes grundsätzlich Altersfeststellungen von minderjährigen Flüchtlingen durch Röntgen der Handwurzel durchgeführt.
2. Wird hierbei festgestellt, dass unwahre Angaben zum Alter gemacht wurden, ist dies sicherzustellen, dass dieser Umstand bei weiteren Erwägungen zum Aufenthaltsstatus der entsprechenden Person berücksichtigt werden kann.
3. Die Kreisverwaltung des Landkreises Waldeck-Frankenberg gibt vierteljährlich einen öffentlichen Bericht zur Entwicklung der Zuwanderung in den Landkreis heraus.
4. Im Landkreis wird ein Rückführungsbeauftragter ernannt, der sich mit der koordinierten Rückführung von Asylbewerbern beschäftigt. Dazu steht er in ständigem Austausch mit den zuständigen Stellen in Kreis, Land und Bund. Er berät auch Migranten, die freiwillig in ihre Heimat zurückkehren wollen.

5. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg beschränkt seine Leistungen auf diejenigen Menschen, die als Kriegsflüchtlinge oder politisch Verfolgte im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden. Für vollziehbar Ausreisepflichtige werden die Leistungen auf ein absolut notwendiges Minimum reduziert. Hierzu setzt sich der Kreisausschuss mit den zuständigen Stellen und geeigneten Fachpersonen in Verbindung und erarbeitet zur nächsten Kreistagssitzung eine Vorlage zur Entscheidung.

Begründung:

Die starke Zuwanderung ist auch für den Landkreis Waldeck-Frankenberg eine große Herausforderung.

Unter den Flüchtlingen und Migranten im Landkreis sind viele Menschen, die vor Krieg und Zerstörung in der Ukraine fliehen. Diese erfahren zurecht eine große Hilfsbereitschaft vonseiten der Haupt- und Ehrenamtlicher Helfer und auch der übrigen Bevölkerung im Landkreis. Dass der Landkreis nur ein begrenztes Ausmaß an Ressourcen zur Verfügung hat, macht es allerdings notwendig, zwischen den verschiedenen Zuwanderern und ihren jeweiligen Motivationen und Hintergründen zu differenzieren.

Auch wenn die entscheidendsten Weichen auf Landes- und Bundesebene gestellt werden, müssen zunächst alle Möglichkeiten auf Kreisebene genutzt werden, mit der verstärkten Zuwanderung umzugehen und Beiträge zu einer Regulierung zu leisten.

Unter anderem gilt es, in Zeiten, die finanziell ohnehin herausfordernd sind, sicherzustellen, dass Leistungen nicht aufgrund unrichtiger Angaben gewährt werden und dass die Leistungen auf jene Flüchtlinge konzentriert werden, die einen anerkannten Schutzstatus haben.

Wer vollziehbar ausreisepflichtig ist und dem nicht nachkommt, darf nicht dieselben Leistungen für sich in Anspruch nehmen, wie Flüchtlinge mit einem anerkannten Schutzstatus.

Mit alternativen Grüßen



Fraktionsvorsitzender